



PRESSEMITTEILUNG

Alle Jugendlichen befähigen!

Neue Chancen und bessere Teilhabe für alle

Noch immer leben viel zu viele Jugendliche und junge Erwachsene in Bremen und Bremerhaven in materieller Armut. Gründe und Handlungsoptionen diskutieren die Teilnehmer der 2. Bremer Armutskonferenz am **Dienstag, 9. Februar 2016 unter dem Motto „Alle Jugendlichen befähigen – Neue Chancen und bessere Teilhabe für alle“ im Bürgerzentrum Neue Vahr in Bremen.** „Was aus einem jungen Menschen wird, hängt davon ab, welche Möglichkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen ihm durch Familie, Schule und Nachbarschaft mitgegeben werden. Junge Menschen brauchen Perspektiven“, sagt Gerd Wenzel, Sprecher der 2. Bremer Armutskonferenz. All diese Themen sollen im Rahmen der Konferenz erörtert werden. Wesentliche Aspekte sind der Weg in den Beruf, die Erfahrungen mit dem Bremer Übergangssystem, Teilhabe durch offene Jugendarbeit und die neue Herausforderung der Integration von jungen Flüchtlingen.

Zu viele Jugendliche im Land Bremen ohne Berufsabschluss

Im Land Bremen leben allein 7.000 junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die gar keinen Berufsabschluss haben und auch nicht an irgendeinem Bildungsangebot teilnehmen. „Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz gehen viele Jugendliche immer noch leer aus“, sagt Thomas Schwarzer, Armutsexperte der Arbeitnehmerkammer Bremen.

Ohne einen Berufsabschluss wird jedoch schon in jungen Jahren die Gefahr in Armut zu geraten vorprogrammiert. Deshalb muss allen Jugendlichen, die bisher noch nicht in eine Ausbildung gemündet sind, eine **angemessene Unterstützung und Qualifizierung** angeboten werden. Für jeden zehnten Jugendlichen beginnen die ersten Schritte in die Arbeitswelt bereits mit der bitteren Erfahrung der Arbeitslosigkeit (9,5 Prozent). „Der Druck für die Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven ist hoch. Seit vielen Jahren übersteigt das Interesse von ausbildungsinteressierten Jugendlichen das Angebot an Ausbildungsplätzen deutlich“, sagt Schwarzer.

Und 12.000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren sind im Land Bremen auf Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch angewiesen (Hartz IV). Jugendliche, deren **Eltern Arbeitslosengeld II** beziehen, sollten wie alle anderen Jugendlichen auch, die Möglichkeit haben, frei entscheiden zu können, wann sie aus dem Elternhaus ausziehen. Gesetzlich gibt es aber eine **„Stallpflicht“** für diese Jugendlichen, die von den Jobcentern überprüft wird - sonst werden keine Wohnkosten übernommen und die Regelleistung gekürzt. Nur unter besonderen Bedingungen ist ein Auszug möglich, etwa bei schwerwiegenden Zerwürfnissen mit den Eltern. Die Beschränkun-

gen bei der Übernahme der Unterkunftskosten für junge Erwachsene unter 25 Jahren im Arbeitslosengeld II gehören ersatzlos abgeschafft.

Chancen und Schleifen und Bremer Übergangssystem

Auch wegen der vielen fehlenden Ausbildungsplätze gehen mehr als 3.000 Jugendliche in Bremen und Bremerhaven in das sogenannte Übergangssystem. Dadurch verbessern sich bei vielen ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Andere wiederum wiederholen das Prozedere nach einem Jahr erneut. „Viel zu viele Jugendliche fallen ganz aus diesem öffentlich finanzierten Berufsbildungssystem heraus“, sagt Elisabeth Mahlberg-Wilson vom Deutschen Roten Kreuz, Zentrum für Schule und Beruf. „Deshalb muss allen Jugendlichen, die bisher noch nicht in keinen Ausbildungsplatz haben, eine angemessene Unterstützung und Qualifizierung angeboten werden“, so Mahlberg-Wilson.

(Frei-) Räume für Jugendliche

Von zentraler Bedeutung für Jugendliche sind (Frei-) Räume zum Treffen mit anderen Jugendlichen und um gemeinsam eigenständige Erfahrungen zu machen. Die Selbstorganisation von Jugendlichen muss in ihrem räumlichen Umfeld – in den Quartieren und Ortsteilen – mit Vertrauen, Räumen und auch mit Geld unterstützt werden. Das gilt im Besonderen in den sogenannten „WIN – Quartieren“. Hier leben viele Familien und Jugendliche, die kaum Geld für öffentliche Verkehrsmittel und kostspielige Freizeitaktivitäten haben. Erforderlich sind Angebote der **offenen Jugendarbeit**, durch die individuelle, soziale und kulturelle Kompetenzen von Jugendlichen gestärkt werden. Gemeinsam mit professionellen Pädagogen können sie lernen, für sich selbst und für Andere verantwortlich zu sein, Vielfalt zu akzeptieren und zu leben sowie konstruktiv mit Konflikten umzugehen. Eine solche professionelle, offene Jugendarbeit muss eng mit Schulen, (Sport-) Vereinen und anderen (Bildungs-) Einrichtungen im Quartier zusammen arbeiten. „Das kann in Bremen nicht länger mit einem seit mehr als zehn Jahren „eingefrorenen“ Budget bewerkstelligt werden – bei jährlich steigenden Betriebs- und Personalkosten“, sagt Aykut Tasan, Quartiersmanager im Schweizer Viertel in Bremen Tenever. Erforderlich sind jetzt positive Entscheidungen zum vorliegenden „Rahmenkonzept offene Jugendarbeit“, mit seinen entsprechenden Qualitätsstandards. Denn Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit, die stabile Strukturen und Kontinuität benötigt. Sonst kann sie für die Jugendlichen **nicht als Unterstützung wirken und soziale Teilhabe sichern**. Das gilt ebenso für Schulen. „Es kann nicht sein, das gerade in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen, sich zwei Schulen mit ca. 2.000 Kindern- und Jugendlichen insgesamt eine Stelle für Schulsozialarbeit teilen müssen“, so Tasan.

Der Bremer Ausbildungsmarkt kann auch weiterhin nicht alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen aufnehmen.

Standen im Jahr 2011 im Land Bremen noch fast 7.800 Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung, sind es aktuell lediglich 7.150 (2015). Das sind zwar über 150 Plätze mehr als im Jahr 2014 (6.997), in den Jahren zuvor war das Ausbildungsangebot jedoch stets rückläufig. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2013 der Ausbildungspakt „Bremer Vereinbarung“ geschlossen. Das Ziel im Jahr 2013 lautete, wieder eine Gesamtzahl von 7.800 besetzten Plätzen bis zum Jahr 2016 / 2017 zu schaffen. Doch von einem solchen Platzangebot ist der Bremer Ausbildungsmarkt derzeit weit entfernt.

Inzwischen gibt es 1.650 Jugendliche, die zwar bei der Berufsberatung der Bundesagentur registriert, aber „verloren gegangen“ sind. Über ihren Verbleib ist nichts bekannt. Diese unbefriedigten

Pressemitteilung zur 2. Bremer Armutskonferenz – Montag, 8. Februar 2016

de Situation sollte, durch die im Mai 2015 eröffneten Jugendberufsagentur, deutlich verbessert werden, damit alle Jugendlichen auf ihrem Weg zum Berufsabschluss erfasst werden. **Hier ist jetzt der Bremer Senat gefordert.** Er hat im Jahr 2015 die Einführung einer Ausbildungsgarantie und der Jugendberufsagentur beschlossen. Während die Berufsqualifizierung zufriedenstellend ange- laufen ist, läuft an den geplanten drei Standorten der Jugendberufsagentur (Bremen-Mitte, Bremen Nord und Bremerhaven) weder die „Rechtskreise übergreifende“ Zusammenarbeit unter einem Dach, noch ist ein abgestimmtes Konzept zu den Zielen der Arbeit in der Jugendberufsagentur vorhanden. **Gefordert sind vor allem aber auch die Bremer Betriebe.** Denn die relative Stagnati- on auf dem Bremer Ausbildungsmarkt liegt auch daran, dass nicht einmal jeder vierte Betrieb im Land Bremen ausbildet. Von rund 16.000 Betrieben beteiligen sich lediglich 3.750 an der Berufs- ausbildung.

„Die Landesregierung muss mit ihrem Versprechen einer Ausbildungsgarantie gegenüber allen Jugendlichen Wort halten“, sagt Daniela Teppich vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). „Dazu gehört vor allem, dass sie mehr Betriebe dazu bewegt, sich bei der Berufsausbildung zu engagie- ren.“

Auch junge Geflüchtete benötigen einen Ausbildungsabschluss!

Die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich durch die große Zahl der Geflüch- teten im letzten Jahr sprunghaft erhöht. Nach offiziellen Schätzungen leben aktuell allein in der Stadt Bremen ca. 3.200 unbegleitete (schulpflichtige) Geflüchtete unter 18 Jahren. Außerdem sind etwa 50 Prozent der insgesamt rund 10.700 allein im Jahr 2015 nach Bremen Geflüchteten jünger als 25 Jahre. Sie wollen gerne Deutsch lernen und sie möchten arbeiten, um ihren Lebensunterhalt selbst verdienen zu können. Viele von ihnen hoffen deshalb auf einen Studien- oder Ausbildungs- platz.

„Das bisherige Engagement der Betriebe zielt in erster Linie auf Einstiegschancen durch Prakti- kumsphasen und anschließende Einstiegsqualifizierungen“, sagt René Böhme, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen. „Die Zahl der tatsächlich zu- sätzlich zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze ist überschaubar.“ Zudem ergibt sich dadurch eine erhebliche Konkurrenz mit jenen Bremer Jugendlichen, die noch nicht den Zugang ins Ausbil- dungssystem gefunden haben.

Oftmals reicht, trotz hoher Motivation und praktischer Fähigkeiten, die schulische Vorbereitung der Geflüchteten nicht aus, um ein Sprach- und Qualifikationsniveau zu erreichen, das für den Beginn einer Ausbildung ausreichend ist. Erste Ausbildungserfahrungen mit jugendlichen Geflüchteten zeigen, dass eine **intensive Begleitung, Beratung Bildungsdiagnostik und professionelle Un- terstützung** erforderlich ist. Dazu zählt vor allem der Zugang zu ausbildungsbegleitenden Deutsch- und Nachhilfe-Kursen. Ferner können Sozialarbeiter, ehrenamtliche Paten und Vormün- der beim Berufseinstieg helfen.

Viele durchaus interessierte Unternehmen sind wiederum nicht hinreichend auf die bürokratischen Voraussetzungen zur Einstellung jugendlicher Geflüchteter vorbereitet. Stadtpolitik, Kammern und Verwaltung müssen hier dringend eine bessere Koordinierung der erforderlichen Rahmenbedin- gungen schaffen. Ohne „außerplanmäßige“ Anstrengungen ist das Projekt „Ausbildung für Flücht- linge“ in vielen Fällen bereits bei den Anforderungen in der Berufsschule gefährdet!

„Stadtpolitik und Verwaltung müssen hier dringend eine bessere Koordinierung der erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen“, sagt René Böhme. Ferner sollten sich Unternehmen zusamen- schließen, um in Verbänden gemeinsam entsprechende Unterstützungsleistungen zu organisieren.

Pressemitteilung zur 2. Bremer Armutskonferenz – Montag, 8. Februar 2016

In den öffentlichen und politischen Debatten der letzten Jahre standen häufig politische Initiativen zur Förderung und Bildung von Kindern im Mittelpunkt (Krippen, Kitas, Schulen). Zu Recht – denn vielfältige Studien belegen, dass möglichst frühe Bildungsanstrengungen die Chancen Ungleichheiten einzuebnen am effektivsten erhöhen. Bei diesem Blick auf die Kinder und auf deren verbesserte Bildungsangebote, traten die Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eher in den Hintergrund. Deshalb weisen wir heute mit Nachdruck darauf hin, dass auch Bildungs- und Ausbildungsförderung im Jugendalter zwingend erforderlich sind und positive Wirkungen entfalten. Erst wenn eine kontinuierliche Förderung über die gesamte Kinder- und Jugendzeit gewährleistet ist, können nachhaltige Erfolge erzielt werden. Und selbst wenn die Bildungs- und Qualifizierungswege von Jugendlichen nicht erfolgreich verlaufen sollten, sind zweite oder auch dritte Chancen unabdingbar. Deshalb ist das diesjährige Thema der Armutskonferenz umso wichtiger!

Das soziale Bündnis zur Vorbereitung der Konferenz gibt es seit 2013 und setzt sich zusammen aus dem Paritätischen Bremen, der Arbeitnehmerkammer, der Arbeiterwohlfahrt, dem Bremer Rat für Integration, der Caritas, dem DGB, dem Diakonischen Werk, dem Kinderschutzbund, dem Deutschen Roten Kreuz, der Bremischen Evangelischen Kirche und dem Katholischen Gemeindeverband. Kooperationspartner sind Bremens Quartiersmanagerinnen und -manager.